

## Für einen Katholizismus der universellen Menschenwürde

### KAÖ und ZdK gegen Neo-Integralismus, Rechtsextremismus und Rechtspopulismus

#### Erklärung des Präsidiums der Katholischen Aktion Österreich (KAÖ) und des Präsidiums des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK)

Die Katholische Aktion Österreich (KAÖ) und das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) stehen für einen gesellschaftspolitischen Katholizismus, der mutig seine Stimme für eine inklusive und sozial gerechte Gesellschaft sowie für eine liberal-demokratische Rechtsordnung erhebt, für seine Überzeugungen öffentlich einsteht und sie im Diskurs ins Wort bringt.

Deshalb formulieren beide Organisationen folgende Leitplanken und gemeinsame Positionen:

#### **KAÖ und ZdK engagieren sich für Demokratie**

In der Demokratie wird um die besten Lösungen gerungen. Es werden Mehrheiten organisiert, die im Einklang mit den universellen Grundrechten Entscheidungen treffen. Minderheiten sind geschützt. Rechte sind einklagbar und gelten für alle. Es ist die beste Staatsform, die KAÖ und ZdK nicht nur schätzen und stützen, sondern in der sie sich auch fundiert engagieren und in deren Wettstreit der Ideen sie mitmischen.

Unverkennbar streben Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in die Gegenrichtung: Sie spielen mit Ängsten, reduzieren komplexe Themen auf einfache Schuldzuweisungen und schüren gezielt gesellschaftliche Spaltungen. Auf diese Weise desintegrieren sie Menschen, diskriminieren Minderheiten und gefährden die demokratischen Fundamente unserer Gesellschaften.

#### **KAÖ und ZdK widersprechen neo-integralistischen Bestrebungen**

In rechtskatholischen Kreisen gibt es Zuspruch dafür, religiöse Überzeugungen zur höchsten Leitlinie des Staates zu erheben. Das Modell des Neo-Integralismus verheißt den Schutz des Glaubens und christlicher Werte, entpuppt sich jedoch als harte ideologische Machtpolitik unter religiösem Deckmantel. Es handelt sich um eine politische Vereinnahmung der Kirche und des Glaubens zur Legitimation und „Salonfähigkeit“ einer schleichenden Unterwanderung der demokratischen Institutionen.

Auch die Theologie ist im Visier des Neo-Integralismus. Ideologisch motivierte Neuinterpretationen der katholischen Sozialethik missachten deren eigentlichen Kern. Die KAÖ und das ZdK widersprechen fundamentalistischen Bestrebungen – insbesondere auch im Christentum – und halten an einem Religionsverständnis fest, welches sich gegen Gewalt und für die universelle Menschenwürde ausspricht.

#### **KAÖ und ZdK wenden sich gegen Rechtsextremismus und völkisches Denken**

Rechtspopulistische und rechtsradikale Bewegungen und Parteien stehen dem politischen Sendungsauftrag der Kirchen entgegen. Sie vertreten Positionen, die christlichen Widerspruch einfordern.

Dies betrifft zuvorderst das Narrativ vermeintlich homogener Völker. „Ethnos“ statt „demos“ – diese Ideologie dient als Angriff auf gesellschaftliche Vielfalt und auf unsere politischen Systeme. Sie ist mit dem christlichen Bild vom Menschen in keiner Weise in Einklang zu bringen.

Die völkisch motivierte Ausgrenzung von Menschen relativiert oder leugnet sogar deren universelle und unverletzliche Würde. Zudem legt sie die Axt an das Solidaritätsprinzip, das gemäß der katholischen Sozialethik für alle gelten muss.

Rechtsextremismus und Rechtspopulismus entziehen sich jeglicher Schöpfungsverantwortung, stellen die universellen Grundrechte zur Disposition, wollen die Religionsfreiheit für bestimmte Gruppen beschneiden und das Recht auf Asyl abschaffen. Christlicher Widerspruch ist hier ein Gebot. Er ist eine Verpflichtung – in besonderer Weise dann, wenn christliche Gruppen die Nähe zu rechtsextremistischen parlamentarischen Gruppen und sogenannten außerparlamentarischen Vorfeldorganisationen wie der Identitären Bewegung suchen bzw. sich von diesen vereinnahmen lassen. Hier geschieht ein unheiliger Brückenschlag zwischen Christentum und Menschenverachtung, Rassismus und Gewaltanwendung.

Rechtsextremismus und Rechtspopulismus bedrohen die Trennung von Kirche und Staat zum Nachteil der Grundwerte der liberalen Demokratie und zum Nachteil der kirchlichen Autonomie.

Wir rufen alle katholischen Gläubigen in Österreich und Deutschland dazu auf, sich engagiert für die christliche Soziallehre einzusetzen. Prinzipien wie Demokratie und Menschenrechte gilt es zu bewahren, um die Gott-gegebene universelle Menschenwürde eines jeden zu gewährleisten. Versuchen, diese Überzeugungen aus dem christlichen Weltbild zu exkludieren und den Glauben ideologisch zu vereinnahmen, gilt es entschieden entgegenzutreten. Als Teil der Weltkirche blicken wir hierbei über die eigene Situation hinaus und suchen grenzüberwindende Schulterschlüsse. Wenn wir auch in Zukunft in Würde, Freiheit und Gerechtigkeit leben wollen, müssen wir auch den Mut haben, für unsere Überzeugungen aufzustehen.

Wien und Berlin, 08. Mai 2026